

# STADT FUCHS



Zeitung des SPD-Ortsvereins für Treuchtlingen und die Ortsteile

## Sommerfest: Über den Tellerrand hinaus

Das traditionelle SPD-Sommerfest fand in diesem Jahr als gemeinsame Veranstaltung der Ortsvereine Solnhofen, Langenthalheim, Pappenheim und Treuchtlingen auf dem Sportplatz des Pappenheimer Ortsteils Übermatzhofen statt. Bekanntlich wollen die SPD-Ortsvereine im südlichen Landkreis durch diese (und andere) gemeinsame Veranstaltungen ihre Zusammenarbeit fördern.

Der Platz bot mit seiner schönen Lage im Schatten hoher Bäume die beste Voraussetzung für ein Fest bei strahlendem Sonnenschein und einen idealen Spielplatz für Kinder, die sich vor allem mit Ballspielen bestens unterhielten. Bei den Mitgliedern aus den verschiedenen Ortsvereinen kam die Idee gut an, sich untereinander besser kennenzulernen. Zu Kaffee und Kuchen aus Treuchtlingen gab es rege politische Diskussionen und Erfahrungsaustausch.

Höhepunkt des Nachmittags war das Fußballspiel zwischen dem Sportverein Übermatzhofen und einer „SPD-Auswahl“. Nach SPD-Art hatte diese Mannschaft anfangs Probleme, ihr Spiel zu finden, holte aber in der zweiten Halbzeit auf. Der Abpfiff rettete die Übermatzhofener vor dem Unentschieden: Sie siegten mit 5:4 Toren. Ute Grimm, Ortsvereinsvorsitzende von Solnhofen, übergab mit Humor und Fuß-

ballkenntnissen den Siegern eine übergroße Sektflasche. Inzwischen hatten DJ Rudi die Musikanlage aufgebaut und die Übermatzhofener den Grill angeheizt. Bei Musik und freundlicher Bewirtung dauerte die gute Stimmung bis zum Abend an. Gäste des Sommerfestes waren unter anderen Landtagsabgeordnete und Kreisvorsitzende Christa Naaß sowie der Pappenheimer Bürgermeister Peter Kraus mit Familie.

## Schöne Ferien gehabt?

Eine jahrelange Forderung der SPD-Stadtratsfraktion ging in diesem Jahr in Erfüllung: Das Treuchtlinger Sommerferienprogramm für Kinder ab 8 Jahren wurde vom Verkehrsamt in die Tat umgesetzt. Maßgebliche Impulse gingen dabei vom Kreisjugendring aus: Die Jugendbeauftragten der Kommunen im Landkreis wurden aufgefordert, in ihrem jeweiligen Umfeld aktiv zu werden. Doris Dollhopf (SPD), die zuständige Person im Treuchtlinger Stadtrat, schaute sich außerdem im (SPD-regierten) Nachbarlandkreis Roth nach Vorbildern um. Das Verkehrsamt konnte dann unter Mitwirkung von Dr. Marlit Nowak ein ganzes Dutzend von Veranstaltungen anbieten. Das Ferienprogramm fand großen Zuspruch. Es hatte auch noch erfreuliche finanzielle Aspekte: Die gesamte Aktion war für die Stadt relativ kostenneutral, und der Beitrag für die teilnehmenden Kinder hielt sich mit 5 DM in Grenzen.

## ←←←Rückblick

Verstorben sind: **Altbürgermeister Hans Döbler** (siehe Einlageblatt); das älteste Mitglied der SPD in Treuchtlingen, **Georg Straßner** (91) (eine Würdigung war im August im TK zu lesen) sowie ein Mitglied der „ersten Stunde“ der Nachkriegs-SPD, **Otto Brunner**. Dieser war seit Anfang 1946 im Ortsverein Möhren. Der Ort gehörte bis vor der Gebietsreform 1972 bekanntlich dem schwäbischen Nachbarlandkreis an, daher zählte auch die örtliche SPD zum Kreisverband Donauwörth. Dem zeitweise überaus regen Ortsverein stand Brunner (nach J. Baustetter, R. Roßkopf und A. Witt) noch 1972 vor. Mit Georg Webel und Josef Regnath gehörte Brunner auch dem letzten Möhrener Gemeinderat an. Seinen Lebensabend verbrachte er bei Verwandten in Treuchtlingen.

## Vorschau→→→

**Freitag, 22.10.**, 19.30 Uhr, „Das neue Ausländerrecht“ ^ **Donnerstag, 25.11.**, 20 Uhr, Sitzungssaal des Landratsamtes in Weißenburg, „Nein zur Gewalt gegen Frauen“, Kreis-AsF/Landkreis-Frauenforum ^ **Freitag, 3.12.**, 19.30 Uhr, „100 Jahre Gustav Heinemann - Eine Zeitreise“ (Veranstaltungsorte werden noch bekanntgegeben)

Bayern

SPD

# Deutschland erneuern: Sicherung von Arbeit und Wachstum, Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit

Bei der Amtsübernahme hat die SPD-geführte Bundesregierung eine katastrophale Erblast der alten Regierung vorgefunden: die höchste Arbeitslosigkeit, die höchste Staatsverschuldung (1.500 Mrd. DM) und die höchste Steuer- und Abgabenlast für Unternehmen wie Arbeitnehmer.

„Der weitere Marsch in den Schuldenstaat muß gestoppt, die Zukunft unserer Kinder gesichert werden. Dies erfordert eine solidarische Anstrengung von uns allen. Zu diesem Zukunftsprogramm gibt es keine Alternative“, so die Kreisvorsitzende Christa Naaß.

*Der SPD-Kreisverband Weißenburg-Gunzenhausen stellt das von der Bundesregierung beschlossene Zukunftsprogramm vor:*

## **Die Bundesregierung handelt verantwortlich und sichert Handlungsfähigkeit**

Wir dürfen nicht auf Kosten unserer Kinder leben. Deshalb müssen weniger Schulden gemacht werden. Die SPD-geführte Bundesregierung wird die Staatsfinanzen konsequent sanieren und damit die Staatsverschuldung abbauen. Nur so bleibt die Bundesregierung handlungsfähig für eine Politik, die Wahlversprechen aktiv umsetzen kann:

## **Arbeitsplätze schaffen**

Vorrangiges Ziel ist es, mit dem Bündnis für Arbeit einen hohen Beschäftigungsstand und die Sicherung von Arbeitsplätzen zu erreichen. Das erfolgreiche Sonderprogramm zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit wird fortgeführt. Die aktive Arbeitsmarktpolitik wird auf hohem Niveau ebenfalls fortgeführt.

## **Wachstumsimpulse setzen**

Ein modernes, konkurrenzfähiges Steuerrecht für Unternehmen wird geschaffen. Investitionen sollen begünstigt werden. Die internationale Wettbewerbsfähigkeit wird nachhaltig gestärkt. Dazu tragen auch neue Investitionen in Forschung, Bildung und Wissenschaft bei. Die weitere Senkung der Lohnnebenkosten verbilligt die Kosten eines Arbeitsplatzes und fördert die Schaffung neuer Arbeitsplätze.

## **Steuergerechtigkeit schaffen**

Mit dem Steuerentlastungsgesetz 1999/2000/2001 wird der richtige Weg eingeschlagen. Die wirklichen Leistungsträger unserer Gesellschaft, die Bezieher kleiner und mittlerer Einkommen und der Mittelstand werden gefördert.

Mit einer Steuerentlastung von rund 13,5 Milliarden Mark zum 1. Januar 2000 und von rund 27 Milliarden Mark zum 1. Januar 2002 macht die SPD-geführte Bundesregierung einen großen Schritt in Richtung Steuerentlastung.

## **Familien mit Kindern werden entlastet**

Die SPD-geführte Bundesregierung korrigiert die verfassungswidrige Familienpolitik der alten Regierung. Durch die große Steuerreform wird eine Familie mit zwei Kindern im Schnitt jährlich 2.500 DM weniger Steuern zahlen müssen. Das Kindergeld ist bereits zum 1.1.1999 um 30 DM auf 250 DM gestiegen und wird zum 1.1.2000 um weitere 20 DM auf 270 DM angehoben.

## **Die Renten zukunftssicher machen**

Sicherheit für die Renten, heute und morgen, das ist Ziel der Rentenreform. Die heutige Rentnergeneration hat ein Anrecht auf ihre hart erarbeiteten

Renten, diese werden sichergestellt. Aber auch unsere Kinder und Enkel sollen im Alter ausreichend abgesichert sein.

## **1. Die Renten steigen**

In diesem Jahr und in den nächsten Jahren. 1999 liegt die Rentensteigerung zum ersten Mal seit 1994 wieder über den Lebenshaltungskosten.

1,34 Prozent in Westdeutschland, was bei einer Inflationsrate von ca. 0,7 Prozent einen realen Gewinn an Kaufkraft bedeutet! Zum Vergleich: Hätte die SPD-geführte Bundesregierung das unsoziale Blüm-Modell nicht gestoppt, hätten die Rentnerinnen und Rentner ein halbes Prozent weniger in der Tasche gehabt. In den Jahren 2000 und 2001 werden die Renten entsprechend dem Anstieg der Lebenshaltungskosten steigen, danach folgt sie wieder den Nettolöhnen. Zusammen mit den Einnahmen aus der Öko-Steuerreform werden damit die Voraussetzungen für langfristig stabile Beitragssätze geschaffen. Von Rentenkürzung kann keine Rede sein!

## **2. Eine zusätzliche Eigenversorgung wird gefördert**

Alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sollen in den Genuß einer zusätzlichen freiwilligen Altersvorsorge wie Betriebsrente oder tariflich vereinbarter Zusatzversorgung kommen. Dadurch wird auch den künftigen Generationen eine Rente auf hohem Niveau ermöglicht.

## **3. Soziale Grundsicherung gegen Altersarmut**

Armut im Alter und der Gang zum Sozialamt sollen alten Menschen erspart bleiben. Deshalb führt die Bundesregierung eine am Bedarf orientierte soziale Grundsicherung ein. Anspruch darauf haben alle Menschen ab 65 Jahren und

alle aus medizinischen Gründen dauerhaft Erwerbsunfähigen.

#### **4. Eigenständige Alterssicherung für Frauen**

Die Altersvorsorge für Frauen wird modernisiert. Die Entwicklung von der Versorgungsehe zur Partnerschaftsehe wird in der Alterssicherung für Frauen berücksichtigt.

#### **5. Erwerbs- und Berufsunfähigkeitsrente bleiben erhalten**

Die unsozialen Maßnahmen der alten Bundesregierung, die sich bei den Einschnitten in die Erwerbs- und Berufsunfähigkeitsrente deutlich zeigen, werden korrigiert.

#### **Mit dem Zukunftsprogramm und der Renten-Strukturen-**

**form werden die Weichen für eine sichere Zukunft unseres Landes gestellt.**

**Die SPD schafft die Voraussetzungen für den Abbau der Arbeitslosigkeit, ein dauerhaftes Wachstum und für soziale Stabilität. Die SPD macht die Renten zukunfts- fest und wahrt die soziale Gerechtigkeit.**

\*\*\*\*\*

## **Das Jahr der Entscheidungen für Bayerns Schulkinder: SPD will gemeinsam mit Pädagogen und Eltern die überfälligen Reformen anpacken**



**Christa Naaß: Ein erfolgreiches Volksbegehren bedeutet die Weichenstellung für die bessere Schule in Bayern, für mehr Bildungschancen. Unsere Kinder müssen fit gemacht werden für die Gesellschaft von morgen.**

„Das neue Schuljahr wird zum Jahr der Entscheidung für die Zukunft der Schule in Bayern. Es wird notwendig sein, daß die Menschen in unserem Land gegen den Willen der Staatsregierung die Weichen in einem Volksentscheid zu Gunsten unserer Kinder stellten: zu Gunsten einer Schule, die fördert, statt auszulesen, die unsere Kinder fit macht für die Gesellschaft von morgen“, erklärt Christa Naaß zum Beginn des neuen Schuljahres. „Allen weitergehenden Versprechen

zum Trotz beschränkt die CSU-Staatsregierung ihre Reform im Wesentlichen auf die Finanzierung eines neuen Schultyps, der sechsstufigen Realschule. Keine einzige Schulstunde in Bayern wird dadurch besser. Keines der drückenden Probleme wird gelöst. Was schlecht ist an Bayerns Schulen, das bleibt.“

Die im Juli vorgelegte Gesetzesvorlage der Kultusministerin weist in eine bildungspolitische Sackgasse: Künftig muß über die Schullaufbahn und damit über die Bildungs- und Lebenschancen von neun- und zehnjährigen Kindern in der 4. Klasse entschieden werden.

„Die CSU will Bayern zum Weltmeister im gnadenlosen Aussieben von Schulkindern machen. Noch mehr Leistungsdruck und Versagensangst sollen die Grundschule beherrschen. Späentwickler bleiben auf der Strecke, Talente werden vergeudet, Nachhilfestudios boomen. Zu allem Überfluß wird auch noch die wohnortnahe Schule gefährdet“, kritisiert Christa Naaß. Eltern und Pädagogen wehren sich mit Recht dagegen. Sie erwarten eine kindgerechtes Schulsystem, das den Schülerinnen und Schülern die Chance gibt, den optimalen Bildungsweg zu finden.

Die SPD hat begrüßt, daß der Bayerische Elternverband und

der bayerische Lehrer- und Lehrerinnenverband das Volksbegehren „Die bessere Schulreform“ starten. Christa Naaß: „Wir werden das Volksbegehren energisch unterstützen. Gemeinsam mit den Eltern und Lehrkräften wollen wir die überfälligen Reformen im Freistaat anpacken und durchsetzen. Denn ein erfolgreiches Volksbegehren ist der Einstieg in eine bessere Schulreform.“

Christa Naaß fordert: „Es muß Schluß sein mit Unterrichtskürzungen, mit Mammutklassen von bis zu 33 Schülern, weil keine zusätzlichen Lehrer eingestellt werden. Und es muß Schluß sein mit der Undurchlässigkeit des Schulsystems. Kinder brauchen Zeit zum Lernen, um ihre Begabungen zu entwickeln. Deshalb muß die Entscheidung über die Schullaufbahn während einer Orientierungsphase (5. und 6. Klasse) offen bleiben.“

Folgen müssen nach Ansicht der SPD-Landtagsfraktion weitere Reformprojekte wie die Neukonzeption der Lehrerbildung, die Neuorientierung der Schulaufsicht die innere Reform des Gymnasiums und der Realschule, eine Hauptschulreform, der Aufbau erweiterter Ganztagesangebote an den Schulen und vor allem die Umsetzung neuer Lernziele und die Modernisierung des Unterrichts an allen Schularten.

## Immer wieder sonntags...

Längere Ladenöffnungszeiten sind gleichermaßen schlecht für Arbeitnehmerinnen, die Innenstädte und den Einzelhandel, meint der Vorsitzende der bayerischen Jusos, Florian Pronold. Die wirtschaftlichen Fakten, die durch die Verlängerung der Ladenöffnungszeiten geschaffen worden sind, sprechen für sich: Nur 16 Prozent der Betriebe haben abends länger geöffnet. Allein die umsatzstarken Groß- und Filialunternehmen haben ein Interesse an einer Liberalisierung der Ladenöffnungszeiten.

Verkaufsoffene Sonntage mit Eventcharakter führen nur zu schwächeren Umsätzen in der Folgewoche oder in den umliegenden Orten. Korrekturen am Ladenschlußgesetz bleiben ein Nullsummenspiel. Eine Steigerung des Gesamtumsatzes erfolgt nicht - die Mark kann man halt nur einmal ausgeben.

Die 2,8 Millionen bisher im Einzelhandel abhängig Beschäftigten sehen mehrheitlich eine Ausweitung der Öffnungszeiten als Verschlechterung ihrer Arbeitsbedingungen an. Unternehmen werden bei einer Verlängerung der Ladenöffnungszeiten auf teils berufsfremde Arbeitskräfte zurückgreifen und mehr 630-DM-Jobs schaffen.

Der bayerische Juso-Vorsitzende fordert deshalb auch die eigene Partei auf, sich deutlich auf die Seite von Kirchen und Gewerkschaften zu stellen und längere Öffnungszeiten abzulehnen. Dabei gehe es nicht nur um den arbeitsfreien Sonntag.

In einer Befragung sagten 79 Prozent der Verbraucherinnen, daß sie problemlos ihre Einkäufe während der jetzigen Öffnungszeiten erledigen können. Nur ein Fünftel der Befragten will bei verlängerten Öffnungszeiten mehr Geld ausgeben.

*Wir meinen: Die Bundesrepublik Deutschland startet einen Feldversuch. Die Sonn- und Feiertagsregelungen werden abgeschafft, es darf immer gearbeitet werden. Damit müssen alle abhängig Beschäftigten*

*wie auch die Not-Dienst-Leistenden auf die diesbezüglichen Zuschläge verzichten (die für Nacharbeit werden ebenfalls gestrichen). Dann können sich Handel und Wandel endlich frei von Zwängen entfalten, und die Menschen können ihre individuellen Feiertage begehen, ohne von verstaubten abendländischen Normen eingeengt zu werden. Dann hat Vater samstags frei und Mutter mittwochs, die „verlässliche Halbtagsschule“ weicht der „zuverlässigen Rundumbetreuung“, und Veranstaltungen aller Art sind nicht mehr an die Wochenenden gebunden – der Volksfestzug kann getrost an einem Dienstag stattfinden, irgendwer wird schon frei haben! Weil so eine Umstellung Zeit braucht, sollte die Neuregelung zehn Jahre lang erprobt werden. Danach wird geprüft, ob nun alle Menschen entspannter, partnerschaftlicher und reicher geworden sind. Andernfalls kann man überlegen, ob es da nicht eine Regelung gibt, die den Menschen signalisiert: Heute ist ein besonderer Tag; eine neue Woche fängt an, wir können innehalten im Alltäglichen, mit der Familie gemeinsam etwas unternehmen, Freunde treffen, die auch frei haben...* cm

## Keine Kürzung, sondern Steigerung

### Die Renten sind sicher!

Mit Unwahrheiten über die Renten versuchen CSU/CDU und FDP, die Menschen zu verunsichern. Tatsache ist aber: Die Renten werden nicht gekürzt, sondern sie steigen. 1999 liegt die Rentenerhöhung zum ersten Mal seit 1994 wieder über dem Anstieg der Lebenshaltungskosten. Zum 1. Juli dieses Jahres erhielten die Rentnerinnen mehr Altersruhegeld: 1,34 Prozent in den alten und 2,79 Prozent in den neuen Bundesländern; in beiden Fällen also mehr, als

die Preissteigerungsrate beträgt.

Dies bedeutet einen realen Kaufkraftgewinn. Hätte die Bundesregierung das unsoziale Blüm-Modell nicht wie versprochen gestoppt, hätten die Rentnerinnen dieses Jahr ein halbes Prozent weniger in der Tasche gehabt.

Die SPD will eine Rentenreform, die die Alterssicherung dauerhaft auf eine gesunde Grundlage stellt. Mit den Einnahmen aus den weiteren Stufen der Öko-Steuerreform wird der Beitragssatz gesenkt und längerfristig auf unter 20 Prozent stabilisiert (derzeit bei 19,5 Prozent). Die SPD wird auch eine soziale Grundsicherung gegen Altersarmut sowie die eigenständige Altersabsicherung für Frauen einführen.

Auch das Versprechen, die Rentenkassen von beitragsfremden Leistungen zu befreien, ist bereits verwirklicht. Fast ein Drittel der Rentenausgaben wird inzwischen durch Bundeszuschüsse gedeckt. Trotz der geplanten Konsolidierungsschritte für 2000 und 2001 liegen die Rentensteigerungen immer über der während der CDU/CSU-FDP-Regierung: Da wurden jahrelang nicht einmal die Preissteigerungsrate voll ausgeglichen. Nun ist dies gesichert, und 2002 wird wieder zur bisherigen Rentendynamik zurückgekehrt.

Landtagsabgeordnete Christa Naaß meint dazu: „Ich empfinde die Verunsicherung von Millionen von Rentnern mit falschen Behauptungen durch die CDU/CSU und FDP als beschämend, vor allem deswegen, weil es die alte Regierung war, die in 16 Jahren einen riesigen Schuldenberg von 1500 Milliarden DM hinterlassen und den Rentnern Rentnern eine Erhöhung verweigert hat.“

---

Impressum: V.i.S.d.P. SPD-Ortsverein, Alfred Keil, Birkenweg 23; Redaktion und Layout Christel Keller, Fotos Christian Keller (1), Archiv Walter E. Keller (6), alle 91757 Treuchtlingen.

# In Gedenken an Ehrenbürger und Altbürgermeister Hans Döbler

Am 17. August 1999 verstarb Hans Döbler im Alter von 84 Jahren - trotz schwerer Krankheit unerwartet. Bis in seine letzten Lebenstage hinein äußerte er sich noch öffentlich zur städtischen Tagespolitik.

Hans Döbler war der bisher zweite Ehrenbürger der Stadt Treuchtlingen aus den Reihen der Sozialdemokraten. Bis zur dieser Ehrung nach Vollendung seines 70. Lebensjahres 1985 hatte Döbler jedoch einen langen, nicht immer schnurgeraden und sehr oft äußerst steinigen Weg zurückzulegen. Geboren am 22. Februar 1915 als Sohn eines Treuchtlinger Eisenbahners, lernte Döbler zunächst einmal Not und düstere Zukunftsaussichten kennen. Auch das „Dritte Reich“ erwies sich sehr bald als Sackgasse: Schon während seiner Ausbildung bei der Sparkassen wurde er mit den Ungerechtigkeiten jener Zeit konfrontiert; dann folgten Arbeitsdienst, Wehrmacht und Kriegsdienst. Ausgerechnet in den Kessel Stalingrad geriet Döbler. Er war stets dankbar, diesem - wenn auch verwundet - entkommen zu sein. Im Treuchtlinger Rathaus fand sich für den Reserveoffizier Döbler eine zivile Arbeitsstelle. Weil er aus Sparkassentagen etwas von Finanzen verstand, berief man ihn 1951 auf den Posten des unerwartet verstorbenen Stadtkämmerers Geuder. Das große Mißverhältnis zwischen den damals notwendigen und den tatsächlich vorhandenen Mitteln nötigte ihm harte Arbeit ab; doch auf diese Weise erfuhr er schier alles, um Gelder aufzutreiben, um die vielfältigen Probleme in der Stadt nicht nur notdürftig zu lösen, sondern gleichzeitig auch an Zukunftsperspektiven zu denken. Das waren gute

Voraussetzungen für einen Bürgermeisterkandidaten; in dieser Rolle fand sich Döbler 1956 wohl eher unerwartet. Die SPD-Genossen der ersten Nachkriegszeit hatten den „jungen Mann“ im Jahr zuvor (ausgerechnet am 1. Mai) zu Partei-Eintritt und Kandidatur mühsam überredet. Der Erfolg gab ihnen zunächst 1956 recht - Döbler erhielt 78 Prozent der abgegebenen Stimmen bei zwei Gegenkandidaten, darunter der amtierende Bürgermeister Fritz Korn. Und dieser Erfolg blieb Döbler dann fast drei Jahrzehnte hindurch treu.



*Bürgermeister Hans Döbler mit dem Stadtrat 1957*

Es hatte damals natürlich niemand geahnt, daß Hans Döbler viermal wiedergewählt werden sollte, davon dreimal ohne Gegenkandidaten.

Selbstverständlich waren es nicht nur „rosarote“ Zeiten, die Döbler als Bürgermeister erlebte. Er traf ebenso auf Unverständnis wie auf Rückschläge für die Stadt von außen. Die meisten Zeitgenossen in Partei, Stadtverwaltung und Bürgerschaft unterstützten ihn; Anfeindungen kamen seltener auf ihn zu, trafen ihn jedoch um so tiefer. Als er sich 1984 endgültig nicht mehr zur Wahl für das Stadtoberhaupt stellte - erwogen hatte er es wohl schon zuvor das eine oder andere Mal -, gehörte er zu den dienstältesten Bürgermeistern Bayerns. „Sachbezogene Ar-

beit für den Bürger“ war sein Wahlspruch. Und sein Bemühen, mitgetragen vom Stadtrat, war die Umstrukturierung Treuchtlingens von der Eisenbahnerstadt mit immer weniger Eisenbahnern zur „Betriebs-, Wohn- und Erholungsgemeinde“. Die Errichtung eines ersten städtischen Altenheims, der Bau der Promenadenbrücke, die Altstadtanierung, die städtische Grundstückspolitik, der Badbau sind nur einige der Eckpfeiler dieses „Umbaus“ der Stadt.

Gegen begründetes Lob hatte Döbler nichts einzuwenden. Er freute sich, wenn auch Politiker anderer Couleur sein Engagement würdigten. Richard Stücklen, Weißenburger CSU-Bundestagsabgeordneter und durch die Jahrzehnte in vielerlei hohen Positionen: „Sie haben in Ihrer Amtszeit das Menschenmögliche für Ihre Stadt getan“. Karl Burkhardt, inzwischen verstorbener ehemaliger mittelfränkischer Regierungspräsident: „Sie kamen nie mit überzogenen Forderungen, haben stets nur das Wichtige, das gut Durchgerechnete verlangt.“ Andere Mitarbeiter der bayerischen Landesregierung: „Lange Jahre währte die manchmal nicht ganz reibungslose, aber immer angenehme Zusammenarbeit mit einem Bürgermeister, der für die Stadt soviel erarbeitet und erkämpft hat wie sonst kaum einer in Mittelfranken“, „...was Sie in stetem unermüdlichem Einsatz für Ihre Stadt geleistet haben in rastloser Arbeit und schier unermüdlicher Schaffenskraft, mit bewährtem Schwung und beständigem Optimismus...“ Die Zitatensammlung ließe sich fortsetzen. Die Ehrenmitgliedschaft in seiner Partei hat Döbler gern angenommen, ebenso das Eh-

renzeichen des Deutschen Roten Kreuzes, die Kommunale Verdienstmedaille, die Bayerische Sparkassenmedaille in Gold. Das ihm zugedachte Bundesverdienstkreuz lehnte Döbler jedoch ab. In einem zwar höflichen, aber überaus deutlichen Brief an den damaligen Regierungspräsidenten von Mosch begründete er seine Haltung. Er beklagte darin einerseits die - bundesweit und bis ins Kommunale hineinreichende - verschärfte politische Polarisierung, in deren Folge er Ungerechtigkeit und Intoleranz erfahren hatte. Andererseits stellte er sich auf die Seite derjenigen, die sich - im Winter 1983/84 - für Frieden und Abrüstung eingesetzt hatten und dafür diffamiert wurden. Im übrigen kritisierte Döbler die „Verteilungsmechanismen“ für das Bundesverdienstkreuz, die ehrenamtliche Tätigkeiten oft unberücksichtigt ließen, Kommunalbeamte hingegen bevorzugen. Döbler ließ sich 1984 noch einmal für den Stadtrat aufstellen und wurde selbstverständ-



*Einweihung des Patrich-Gemeindehauses 1963*



*Der damalige bayerische Innenminister Bruno Merk überreicht 1970 Döbler die Siegerurkunde für „Bürger, es geht um deine Gemeinde“*



*Hans Döbler, nicht immer strahlend (hier beim Stadtball Anfang 1970)...*

lich auch gewählt. Er legte jedoch das Mandat anlässlich seines 70. Geburtstages nieder. Sein Engagement für die Kommunalpolitik, für die Entwicklungen in der SPD, seine Leidenschaft für politische Vorgänge in dieser Republik und seine Betroffenheit bei Ungerechtigkeiten aller Art legte er - glücklicherweise - nie ab. Hans Döbler gehörte während seiner gesamten Amtszeit als Bürgermeister auch dem Kreistag an: 1956 zunächst zusammen mit Julius Hauber und Friedrich Nitsch, später dann mit so bekannten Treuchtlinger Genossen wie Georg Wolski, Ludwig Huber, Karl Mack und Ernst Baumann. Nach der Landkreisreform 1972 war Treuchtlingen - bislang die größte kreisangehörige Stadt im Landkreis Weißenburg - im neuen Großlandkreis nur noch die Nummer Drei. Aber Hans Döbler, erneut für zwei Wahlperioden in den Kreistag gewählt, sorgte auch dafür, daß die Interessen der Stadt in den politischen Gremien des Kreises nicht gänzlich unter den Tisch fielen.

Hans Döbler und seine Leidenschaft für „sein“ Treuchtlingen werden in diesem Gemeinwe-

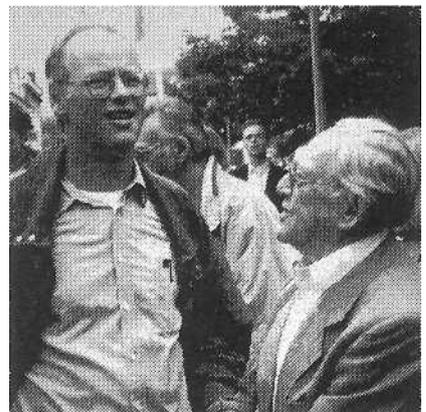


*...sondern manchmal auch etwas skeptisch in die Zukunft blickend (Mitte der 70er)*

sen seine Weggefährten, seine Genossen und Freunde ebenso wie seine Gegner und nicht zuletzt alle Bürgerinnen und Bürger der Stadt schmerzlich vermissen.



*Das Ehepaar Döbler mit Pfr. Reinhard Schmitz (1994)*



*Im Sommer 1998 mit Rudolf Scharping anlässlich dessen Radtour auf dem Wallmüllerplatz*